Kleine Anfrage

des Abgeordneten Josef Keller (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung

Einrichtung einer Integrationsklasse

Die Kleine Anfrage 23 vom 29. Mai 1996 hat folgenden Wortlaut:

Seit dem Schuljahr 1993/1994 gibt es Integrationsklassen „Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung" an der Erich-Kästner-Grundschule in Ludwigshafen.
Mit Beendigung der 4. Klasse am Ende des Schuljahres 1996/1997 ist es notwendig, ab dem Schuljahr 1997/1998 eine Integrationsklasse an einer weiterführenden Schule einzurichten. Der Presse war zu entnehmen, daß diese Integrationsklasse wahrscheinlich an der Integrierten Gesamtschule Ernst Bloch eingerichtet werden soll.
Ich frage die Landesregierung:

1. Haben sich die vom Schulgesetz vorgesehenen schulischen Gremien der Integrierten Gesamtschule Ernst Bloch bereits mit der möglichen Einrichtung einer Integrationsklasse befaßt?
   - Wenn ja: Mit welchem Ergebnis?
   - Wenn nein: Bis wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen?
2. Wurden von der Landesregierung auch andere Ludwigshafener Schulen zwecks Einrichtung einer Integrationsklasse angesprochen?
   - Wenn ja: Welche Schulen?
   - Wenn nein: Warum nicht?

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 17. Juni 1996 wie folgt beantwortet:

Wie im Bereich der Primarstufe handelt es sich bei der Einrichtung von Integrationsklassen in der Sekundarstufe I im Rahmen des Schulversuches „Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen" um einen eigenständigen Versuchsteil.

Für den Standort Ludwigshafen bemüht sich die Schulbehörde, den Schulversuch an der Erich-Kästner-Grundschule an einer Sekundarstufen-I-Schule ab dem Schuljahr 1997/1998 fortzusetzen.

Zu 1:

Der Schulelternbeirat und die Gesamtkonferenz der Integrierten Gesamtschule Ernst Bloch haben sich bereits mit der Übernahme des Schulversuches befaßt. Dabei sprach sich der Schulelternbeirat mehrheitlich für, die Gesamtkonferenz mit großer Mehrheit gegen eine Teilnahme am Schulversuch aus.

Zu 2:

Die weiterführenden Schulen der Stadt Ludwigshafen wurden von der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz am 21. November 1995 zu einem Gespräch über die eventuelle Fortführung des Schulversuchs eingeladen. Den anwesenden Schulleiterinnen und Schulleitern der Hauptschulen sowie der Integrierten Gesamtschule Ernst Bloch wurde das Konzept des Schulversuchs in der Sekundarstufe I vorgestellt.

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 27. Juni 1996

Bislang hat die Adolf-Diesterweg-Hauptschule in einer Gesamtkonferenz eine mögliche Fortführung des Schulversuches erörtert.

Die Wittelsbach-Hauptschule setzte sich mit der Thematik ebenfalls intensiv auseinander, hält aber eine Fortführung des Schulversuchs wegen der beengten räumlichen Verhältnisse in ihrer Schule nicht für möglich.

Andere Schulen haben bisher nicht um weitere Informationen oder Beratungen nachgefragt.

Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner
Staatsminister